

munisten und Sozialdemokraten schon in den ersten Stunden zum gemeinsamen Handeln zusammenfanden und die verhängnisvolle Spaltung der deutschen Arbeiterklasse überwand. Mit ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 zeigte die Kommunistische Partei Deutschlands dem deutschen Volk den Weg aus der Katastrophe und zur Sicherung des Friedens durch die Vernichtung des kriegsschuldigen deutschen Imperialismus und durch die Errichtung einer neuen, antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Dieses Programm wurde zur entscheidenden Grundlage der Einheit aller demokratischen Kräfte. Das Einverständnis des damaligen Zentralvorstandes der SPD zu diesem Dokument schuf mit der Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien das entscheidende 'Unterpfand des Sieges der Volkskräfte. So verstanden es die Kommunisten, der Arbeiterklasse in der Sowjetischen Besatzungszone von Beginn an die Führung im Kampf um die Überwindung der nationalen Katastrophe und um eine friedliche demokratische Zukunft des deutschen Volkes zu sichern. Die schweren Kämpfe dieses ersten Jahres führten hier zu entscheidenden Niederlagen der Imperialisten und Faschisten, weil die geeinte Arbeiterklasse ihnen Richtung und Konsequenz gab. Einheit in Aktion — in dieser Formel könnte man das Geschehen des ersten Jahres in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone zusammenfassen.

Walter Ulbricht schildert ausführlich, wie schwer diese ersten Monate waren, und er zeigt, daß alles, was damals geschaffen wurde — die Sicherung der Ernährung, die Einbringung der ersten Friedenserte, die Ingangsetzung der Betriebe, die Durchführung der demokratischen Bodenreform und die Enteignung der Konzernbetriebe —, den reaktionären Kräften in harten und opferreichen Kämpfen abgetrotzt werden mußte. Er zeigt aber auch, welche harte Überzeugungsarbeit notwendig war, um die Massen aus der Hoffnungslosigkeit und Lethargie der ersten Tage nach dem Kriege aufzurütteln und vor allem in den Massen der Arbeiter das durch ein Jahrzehnt faschistischer Demagogie verschüttete Klassenbewußtsein wieder zu wecken. Bei der Lösung dieser

gewaltigen Aufgaben hatten die demokratischen Kräfte das große Glück, von der sowjetischen Besatzungsmacht in ihrem Streben nach Sicherung des Friedens und der Demokratie wirksamen Schutz, tatkräftige Hilfe und vielfältige Anregungen zu erhalten.

Gerade die plastische, durch viele Beispiele und Originaldokumente belebte Darstellung der schweren Lage des deutschen Volkes nach dem Hitlerkrieg und der aufopfernden Kämpfe der deutschen Arbeiter hat für die Erziehung unserer Jugend die größte Bedeutung. Unsere junge Generation hat diese Zeit, in der die Grundlagen für ihr jetziges sorgenfreies und perspektivenreiches Leben geschaffen wurden, nicht bewußt miterlebt. Genosse Ulbricht spricht im Vorwort den Wunsch aus, sein Buch möge der deutschen Jugend zur Lehre dienen, „damit sie mutig das Errungene verteidigt, für die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat kämpft und durch ihre eigene Leistung zur Entwicklung der neuen Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik, zur Mehrung des Wohlstandes des Volkes und zur Entwicklung seiner Kultur beiträgt“ (S. 6.)

Aber auch Funktionären der Arbeiterbewegung, die bewußt am großen Aufbauwerk mitgewirkt haben, gibt Walter Ulbricht Einblick in Zusammenhänge, die in der täglichen Arbeit schwer erkennbar waren. So zeigt er z. B., welche entscheidende Bedeutung die Tatsache hatte, daß die kommunistischen Initiativgruppen der Antifaschisten zunächst den Aufbau demokratischer Verwaltungsorgane und die Besetzung der leitenden Funktionen in ihnen mit zuverlässigen Demokraten organisierten, ohne manchmal selbst bei alten Genossen dafür Verständnis zu finden. Da der Hitlerstaat zerschlagen war, kam es darauf an, sofort neue, wirklich demokratische Machtorgane zu schaffen, wenn nicht die alten reaktionären Kräfte sich wieder in den Verwaltungen der Provinzen, Kreise und Städte festsetzen sollten. Das war eine Grundbedingung für die Lösung aller anderen Fragen. Weil in Westdeutschland — begünstigt von der imperialistischen Besatzungspolitik — viele alte Landräte, Bürgermeister und